

Dienstag, 10.02.2026

Too big in Japan?

Mit der gewonnenen Super-Mehrheit im Parlament kann die japanische Ministerpräsidentin Sanae Takaichi durchregieren. So lassen sich auch radikale Wirtschaftsreformen in einem immer noch überregulierten Land und massive Konjunkturmaßnahmen durchführen. Diese sind allerdings nur mit einer noch dramatischeren Neuverschuldung möglich. Licht und Schatten liegen hier also nah beieinander. Wie viel Helligkeit ist zukünftig am japanischen Aktienmarkt zu erwarten?

„Sanaenomics“ oder Klotzen, nicht kleckern

Mit dem Erdrutschsieg können Frau Takaichi und ihre Liberaldemokratische Partei das Wahl- zum Regierungsprogramm machen.

Anleger gehen davon aus, dass sich die schon unter Ministerpräsident Shinzō Abe betriebene Reformpolitik konsequent fortsetzt. Über Deregulierung soll die Effizienz und Produktivität von Unternehmen weiter gesteigert werden.

Zusätzlich verspricht die neue Regierung hohe staatliche Investitionen in 17 strategische Schlüsselindustrien, darunter Technologie, Rohstoffversorgung, Verteidigung und Konsum. Japans im internationalen Vergleich bislang unbefriedigendes Wachstumspotenzial soll endlich gehoben, Lieferketten gestärkt, aber auch militärisch aufgerüstet werden, um wettbewerbsfähig zu sein und geopolitisch zu gewinnen. Zu diesem Zweck ist ebenso die Schaffung von national champions geplant, die ebenso globales Gewicht auf die Waagschale bringen.

Mit Blick auf China erlaubt die große Parlamentsmehrheit jetzt sogar sicherheitspolitische Stabilitätsbrüche über Verfassungsänderungen. So könnte die Tokioter Regierung den USA erlauben, in Japan Nuklearwaffen zu stationieren. Gleichfalls könnte sie von Amerika atomgetriebene U-Boote kaufen. Bisher ist es Japan verboten, Atomwaffen zu besitzen oder in irgendeiner Weise zu nutzen.

Für diese Kampfansage an den amerikanischen Systemrivalen China wird Donald Trump die japanische Ministerpräsidentin lieben, die diesen Umstand sicherlich für sich zu nutzen weiß.

Insgesamt sind von der neuen tatkräftigen Regierung Unternehmen und Branchen an der Börse begünstigt, die für Rüstung, High-Tech, Industrie 4.0, Rohstoffversorgung und Konsum stehen.

Dass die Maßnahmen der neuen Regierung ebenso eine Verbesserung des Kapitalmarktgeschäftes wie M&A bewirken, kommt Banken zugute.

Kein Wunder also, dass der japanische Aktienmarkt seit Antritt von Frau Takaichi vom sogenannten Takaichi-Trade verwöhnt wird und der Nikkei 225 zu immer neuen Höhen aufsteigt.

Die Kehrseite der Sanaenomics-Medaille

So edel die Motive der Tokioter Regierung für Wirtschaft und Aktien sind, sie funktionieren nur durch massive Neuverschuldung der Marke „Viele viele bunte Smarties“.

Im Gegensatz zu Aktionären zeigt sich der japanische Anleihemarkt tatsächlich weniger entzückt. Die Staatsverschuldung von ca. 230 Prozent zur Wirtschaftsleistung ist bereits die höchste aller Industrieländer, einfach haarsträubend. Droht über eine noch expansivere Haushaltspolitik eine nachhaltige Verschlechterung der japanischen Staatsfinanzen, sogar eine Schuldenkrise?

Dienstag, 10.02.2026

Immerhin war schon die bisherige Amtszeit der japanischen Ministerpräsidentin von den höchsten Anleiherenditen seit Jahrzehnten geprägt. Hinzu kommt, dass mehr neue Schulden auch einen inflationstreibenden Effekt haben. Insgesamt machen steigende Verschuldung bei steigenden Zinsen den Schuldendienst zu einer teuflischen Angelegenheit.

Dieses Problem hat nicht zuletzt eine internationale Dimension. An den Finanzmärkten machten sich zwischenzeitlich bereits Gerüchte breit, japanische Anleger könnten international Anleihen und Aktien verkaufen, um mit dem Erlös staatliche Ausgaben zu finanzieren. Dies wiederum würde den Yen aufwerten und gemeinsam mit hohen Kreditkosten die Yen Carry Trades dramatisch einbrechen lassen.

Gerade dieses üppig genutzte Instrument der zinsgünstigen Geldaufnahme in Japan mit Währungsgewinn bei Rückzahlung über einen schwachen Yen hat die Anlagewelt über Jahrzehnte glücklich gemacht. Weihnachten und Ostern fielen sozusagen auf einen Tag. Bei einer Gegenbewegung jedoch wäre das ganze Jahr Aschermittwoch und Karfreitag.

Finanzwirtschaftlich kann in Japan nicht sein, was nicht sein darf

Am Verkauf von US-Staatsanleihen durch Japan kann Amerika kein Interesse haben, zumal China bereits sehr abweisend ist. In der Folge höhere Kreditzinsen würden die USA schmerzen. Daher ist zu vermuten, dass Japan mit den USA ein gentlemen's agreement geschlossen haben, sozusagen einen finanziellen Nichtangriffspakt. Japan verkauft keine amerikanischen Vermögenswerte und die USA zeigen sich in Handels- und geopolitischen Fragen freundlich, übrigens auch wegen der harten Haltung Tokios gegenüber Peking. Das sind die Deals, die Donald Trump so richtig mag.

Grundsätzlich hat Japan den Vorteil, dass seine Staatsschulden vor allem bei inländischen institutionellen und privaten Anleger liegen. Vor allem ist da aber noch die japanische Notenbank als Schutzpatronin der heimischen Finanzmärkte. Angesichts der enormen Finanzrisiken des Landes hat sie gar keine andere Wahl, als im Bedarfsfalle zinsdrückend einzugreifen.

Übrigens hat sie auch kein Interesse, ihr massives Engagement am japanischen Aktienmarkt zurückzufahren. Denn eine schlechte Aktienstimmung signalisiert auch keine gute wirtschaftliche Stimmung.

Fazit: Wenn sich aber die finanziellen Rahmenbedingungen Japans nicht verschlechtern, weil sie sich nicht verschlechtern dürfen, können Anleger beruhigt auf den japanischen Aktienmarkt und die fundamentalen Argumente einer wirtschaftsfreundlichen Regierung blicken.

Japan bleibt das Land der aufgehenden Sonne, auch am Aktienmarkt.

Allerdings ist der schwache Yen für Euro-Anleger mitunter ein Sonnenfleck.

Rechtliche Hinweise / Disclaimer und Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten der Baader Bank AG: <https://www.roberthalver.de/newsletter-disclaimer>